

Grosser Gemeinderat

Worb, 27. Juni 2023

419. Sitzungsprotokoll

Termin	Montag, 26. Juni 2023, 19:30 Uhr
Sitzungsende	21:43 Uhr
Ort	Bärenplatz 2, Worb, Gemeindesaal
Leitung	Jost-Pfister Catarina (GLP), Präsidentin
1. Vizepräsident	Federer Guido (SP)
2. Vizepräsident	Zingg Stephan (SVP)
1. Stimmzähler	Marchand Andy (FDP)
2. Stimmzählerin	Moser-Utiger Silvia (EVP)
Mitglieder	Cetin Christopher (EVP) Cetin Mayk (EVP) Moser Titus (EVP)
	Bieri-Meyer Marianne (FDP) Christensen Sven (FDP) Graf Gregory (FDP) Hager Rolf (FDP) Schmidhalter Norbert (FDP) Stucki Daniel (FDP)
	Bützberger Ernst (Mitte) Gfeller Janick (Mitte) Jorio Marco (GLP) Wyss Eduard (Mitte) Zürcher Deborah (parteilos)
	Aebersold Daniel (SVP) Bigler Markus (SVP) Fivian Bruno (SVP) Meister Stefan (SVP) Reber Markus (SVP) Steinmann Hans Ulrich (SVP) Wenger-Steiger Sybille (SVP)
	Bircher Andreas (SP) Dürst Iris (SP) Flentje Burkhard Sibylle (Grüne) Gerber-Maillefer Myriam (Grüne) Günther Paula (Grüne) Heil Günter (Grüne) Hodler Adrian (SP) Marthaler Matthias (SP) Mosimann Heidi (Grüne) Von Arx Roland (Grüne) Wirth Alfred (SP)

Abwesend	Lanfranconi Elena (FDP) Maurer Rolf (SP) Zwyer Lukas (Mitte)
Gemeinderat	Gfeller Niklaus, Gemeindepräsident Gerber Urs Hauser Adrian Kölliker Lenka Moser Christoph Waber Karin Wermuth Bruno
Abteilungsleitende	Leiser Stephan, Leiter der Sozialdienste Reusser Christian, Gemeindeschreiber Weil Jonas, Leiter der Finanzabteilung
Sekretariat	Bigler Jürg, Gemeindeschreiber-Stellvertreter
Protokoll	Bigler Jürg, Gemeindeschreiber-Stellvertreter

Geschäfte

1. 12/0/0 Parlament
Mitteilungen
2. 12/0/0 Parlament
Protokoll der Sitzung vom 15. Mai 2023: Genehmigung
3. 12/10/7 Verwaltungsberichte
Verwaltungsbericht 2022: Genehmigung
4. 21/20 Gemeinderechnungen
Jahresrechnung 2022: Genehmigung
5. 41/81 Familieneinrichtungen
Betreuungsgutscheinsystem; Definitive Einführung: Genehmigung
6. 31/30/0 Erschliessungen
"Sichere Fusswegverbindung Worboden-Sonnhalde", Motion der SP+Grüne-Fraktion:
Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung
7. 41/20 Wohnungsfürsorge
"Gutscheine für selbstbestimmtes Wohnen", Postulat der SP+Grüne-Fraktion: Stellung-
nahme zur Frage der Erheblicherklärung
8. 12/0/0 Parlament
Parlamentarische Vorstösse: Neueingänge

Traktandenliste

Feststellung:

Die Traktandenliste bleibt unbestritten.

Verhandlungen

Mitteilungen

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 419	26.06.2023	1	2021/24-186	143	12/0/0

Ratspräsidentin Jost-Pfister Catarina: Ich habe eine Mitteilung betreffend dem Ratsausflug. Wir hatten einmal einen Termin fixiert. Dieser wird neu auf den Oktober verschoben. Vorher war er für im September vorgesehen. Ich musste diesen verschieben, weil das, was ich gerne mit euch machen möchte, hat dort nicht vollständig oder befriedigend geklappt. Aber am 27. Oktober ist nicht mehr gross Ferienzeit. Ich denke, dann sind viele da. Ihr habt die Einladung bekommen, sie liegt auf dem Tisch. Es ist speziell, es steht "Lasst Euch überraschen!". Ich möchte heute nicht verraten, um was es geht. Ich habe auch nicht geschrieben Ratsausflug, sondern, man hört dies heute vielen Orten, Ratsevent. Warum ein Ratsevent und nicht ein Ratsausflug? Es besteht aus drei Teilen. Ihr könnt auswählen, was für euch in Frage kommt. Der erste Teil findet von 14.00 bis 18.00 Uhr statt, der zweite Teil von 18.00 bis 20.00 Uhr, da kann ich dazu sagen, es geht um Hunger oder nicht Hunger haben. Der dritte Teil von 20.00 bis 21.00 Uhr. Jetzt noch kurz eine Erklärung dazu, ich verrate heute nicht, um was es geht: Wenn ihr den ersten Teil besucht, macht es Sinn, wenn ihr beim dritten Teil von 20.00 bis 21.00 Uhr auch dabei seid. Dort geht es schlussendlich um das Resultat. An- und Abmelden könnt ihr euch bei Jürg Bigler per Mail oder heute Abend, wer es schon weiss. Ganz wichtig: Die An- oder Abmeldung ist aus organisatorischen Gründen verbindlich. Ich empfehle es euch wärmstens. Die nächste Information folgt am 11. September hier an der Sitzung.

Steinmann Hans Ulrich, ASK: Die GGR-Sitzung vom Juni bedeutet für die Mitglieder der Aufsichtskommission jeweils eine intensive Vorbereitung auf die ASK-Sitzung, weil es um die Rechnung und den Verwaltungsbericht geht. Meine Kolleginnen und Kollegen sind bestrebt, ihre Verantwortung wahr zu nehmen und die politische Arbeit seriös und fundiert zu machen und zu erledigen. Dies gilt aber nicht nur für die Juni Sitzung. Auch für die übrigen Parlamentssitzungen gilt es sich gut vorzubereiten. In diesem Zusammenhang müssen wir von der ASK regelmässig und zum Teil pro Sitzung zu mehreren Traktanden, Unterlagen zu früheren GGR-Sitzungen auf der Homepage der Gemeinde studieren. Nur zwei Beispiele: Der Verwaltungsbericht, den wir heute Abend behandeln werden, basiert zum Teil auf der Vorschau 2022. Die Vorschau 2022 haben wir im Jahr 2021 behandelt. Oder: Bei sämtlichen Kreditabrechnungen holen wir jeweils die bewilligten GGR-Geschäfte zu diesem Kredit hervor, um es zu vergleichen. Dass zurzeit die Unterlagen nur bis ins Jahr 2022 aufgeschaltet sind, ist für uns mehr als mühsam. Wir sind auch überzeugt, dass es nicht im Sinne einer effizienten Gemeindeorganisation sein kann, dass jeder hier in diesem Saal, jede noch so kleine Information, jedes Mal auf der Gemeindeverwaltung anfragen muss. Wir äussern an dieser Stelle den ausdrücklichen Wunsch, dass der Gemeinderat und die Verwaltung dafür sorgen, dass so rasch als möglich, mehr Unterlagen aufgeschaltet werden. Für uns ist eine ganze Legislatur das absolute Minimum, glücklicher wären wir mit zwei Legislaturen. Zu diesem Thema ist ja bekanntlich ein Vorstoss eingereicht worden, wir bitten diesen zeitnah zu behandeln.

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus: Ihr werdet kurzum sehen, dass bei uns die Stelle des Leiters der Bauabteilung ausgeschrieben wird. Ich nutze deshalb die Gelegenheit, euch, vom GGR, darüber zu informieren. Urs Thöni hat uns letzte Woche kurz nach seinem 10-jährigen Dienstjubiläum seine Kündigung per Ende Jahr überreicht. Er ist letzte Woche in der Gemeinde Ittigen als Leiter der Bauabteilung angestellt worden und wird uns deshalb Ende Jahr verlassen. Ich zitiere kurz aus seinem Kündigungsschreiben: "Mit grosser Dankbarkeit für diese schöne und spannende Zeit darf ich unbescheiden festhalten: Wir haben gemeinsam für Worb vieles geschafft und erreicht! Die konstruktive Zusammenarbeit und der angenehme Umgang innerhalb der Bauabteilung, in der Verwaltung, mit den Abteilungsleitenden, den Departementsvorstehern Bau und Umwelt, dem

Gemeindepräsidenten und auch mit den übrigen Mitgliedern des Gemeinderates, waren und sind mir eine Freude. In den letzten Wochen ist meinerseits nun aber die Entscheidung gereift, dass es an der Zeit ist, beruflich andernorts eine neue Herausforderung anzugehen. Das überaus breite Aufgabenfeld finde ich nach wie vor sehr interessant und auch gut auf meine Fähigkeit zugeschnitten. Durch die freigewordene Stelle in Ittigen bietet sich mir die seltene Gelegenheit, in stadtnaher Umgebung, gewissermassen vor meiner Haustüre, eine für mich sehr attraktive Aufgabe in einem neuen Umfeld zu übernehmen. In Ittigen stehen viele Vorhaben und grosse Investitionen an in den nächsten Jahren. Ich freue mich darauf, bei deren Realisierung mitzuwirken." Soweit das Zitat aus dem Kündigungsschreiben von Urs Thöni. Wir werden die Stelle kurzum ausschreiben und die Zeit nutzen, zielstrebig eine valable Nachfolge von Urs Thöni zu gewinnen. Die Verabschiedung von ihm, werden wir erst kurz vor seinem Austritt vornehmen. Ich bitte um Kenntnisnahme und danke für die Aufmerksamkeit.

Wermuth Bruno, Departementsvorsteher Bau: Nach der Rückweisung des Kreditantrags zur Sanierung der Rüttihubelstrasse sahen wir uns gezwungen, das laufende Submissionsverfahren für die Baumeisterarbeit auf Grund des fehlenden Kredits abzubrechen. Der ursprünglich vorgesehene Ausführungszeitpunkt muss auf unbestimmte Zeit verschoben werden. Im Rückweisungsantrag wurde fälschlicherweise behauptet, es handle sich bei dieser Geschäftsvorlage um eine komplette Erneuerung der Rüttihubelstrasse. Die anfallenden Kosten werden als zu hoch taxiert. Tatsächlich wäre eine Totalsanierung allerdings drei bis viermal teurer geworden als der beantragte Sanierungskredit. Die Bauabteilung hat beim vorliegendem Sanierungsprojekt zusammen mit den beauftragten Ingenieuren stark darauf geachtet, mit einer möglichst kosteneffizienten Sanierung den Werterhalt der Strasse langfristig zu sichern. Dabei wurden die baulichen Massnahmen bereits auf das notwendige Minimum reduziert. Das Projekt basiert auf einer sorgfältigen Zustandsanalyse. In der vorberatenden Baukommission und dem Gemeinderat war das Geschäft unbestritten. Aus fachlicher Sicht besteht kein Spielraum für wesentliche Kosteneinsparungen. Eine Reduktion der Massnahmen würden nur zu unwesentlichen Einsparungen führen und die Kosteneffizienz der Sanierung massiv verschlechtern. Wir sistieren dieses Geschäft deshalb für unbestimmte Zeit und werden die Rüttihubelstrasse bis auf weiteres nicht sanieren. Dadurch können zwar kurzfristig Kosten gespart werden, allerdings zu Lasten des kosteneffizienten Werterhalts der Strasse. Langfristig werden die Kosten für den Erhalt der Strassen sehr wahrscheinlich höher ausfallen.

Gerber Urs, Departementsvorsteher Sicherheit: In der Gemeinde Worb sind zahlreiche Projekte zur Verbesserung der Verkehrssicherheit am Laufen. Ich möchte euch dazu informieren. Die Signalisation an der Stationsstrasse kann jetzt montiert werden, nachdem beim Regierungsstatthalteramt keine Einsprachen zur geringfügigen Änderung eingegangen sind. Zum Projekt gehört dann auch noch ein zweiter Teil. Die Strasse soll saniert und auf die ursprüngliche Breite zurückgebaut werden. Dieses Projekt wird jetzt vom Departement Bau angepackt. Im Quartier westlich der Hinterhausstrasse in Rüfenacht ist Tempo 30 signalisiert. Die Bauarbeiten wurden noch nicht gemacht, weil sie mit den Bauarbeiten in Sachen Fernwärme koordiniert werden. Das Projekt «Worb Nord» für das Sonnhaldenquartier, Eggasse, Schlosstalden und Farbstrasse ist morgen ein Thema in der Sicherheitskommission. Wir planen eine Mitwirkung im Juli und August durchzuführen. Die Pläne werden in der Gemeindeverwaltung vorliegen. Es sind schriftliche Rückmeldungen möglich. Am Abend des 17. August werden wir Treffen an neuralgischen Stellen vor Ort durchführen, wo wir die geplanten Massnahmen erklären und wo uns alle Interessierten direkt Rückmeldungen geben können. Für das Gebiet östlich der Hinterhausstrasse von Rüfenacht, vom Sonnenzentrum bis zum Kirchgemeindehaus und dem Areal Schule, läuft ebenfalls eine Planung zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und für Tempo 30. Davon wird man im Jahr 2024 mehr hören. Weiter sind Bürgerinnen und Bürger von Richigen und Vielbringen ebenfalls mit dem Anliegen an uns herangetreten, Tempo 30 einzuführen. Diese beiden Projekte werden wir auch im Jahr 2024 angehen. An der Rüttihubelstrasse in Enggistein ist Tempo 30 eingeführt. Jetzt haben wir Nachmessungen gemacht. Diese haben ergeben, dass die Geschwindigkeiten recht gut eingehalten werden, aber noch nicht ideal sind. Dazu haben wir am 6. Juni einen Anlass im Schulhaus Enggistein durchgeführt und haben das weitere Vorgehen mit den Bewohnern von Enggistein besprochen. Wir werden nun eine unglücklich gesetzte Tempo-30-Tafel an einen klügeren Ort versetzen und besser sichtbare gelb-schwarze Pfosten an den bisherigen Ort setzen. Sollte die Strasse doch noch saniert werden, prüfen wir noch zusätzliche Markierungen. Auf weitergehende Massnahmen auf der Rüttihubelstrasse wird jedoch verzichtet.

Gerber-Maillefer Myriam, SP+Grüne: Ich muss ein wenig vorgreifen. Es gibt noch einen weiteren Austritt aus dem GGR heute Abend. Und zwar beendet Roland Von Arx seine GGR-Karriere. Er ist seit 2005 im GGR. Er

hatte einmal noch einen Unterbruch. Bis zum heutigen Abend war ca. 15 Jahre im GGR tätig. Zudem war er in diversen Kommissionen tätig. Bekannt wurde er für seinen Einsatz im Langsamverkehr, in der Umwelt und zum Thema Nachhaltigkeit. Bemerkenswert früh hat er das Thema Nachhaltigkeit angesprochen, wo es an vielen Orten noch ein Fremdwort war. Jetzt möchte Roland einen Gang zurückschalten und seine Zeit mit anderen Hobbys geniessen und an dieser Stelle möchten wir uns bei ihm für seinen kompetenten Einsatz bedanken und wünschen ihm alles Gute. Ich habe hier eine Flasche Olivenöl, ich weiss Roland, du fährst gerne Fahrrad, nicht nur das Fahrrad muss geölt werden, sondern auch derjenige, der auf dem Fahrrad hockt. Olivenöl ist dafür bekannt, dass es einem fit hält. Die zweite Flasche, wo von ich noch zwei weitere habe, ist eine Flasche Wein, diese ist für nach dem Fahrradfahren, um herunter zu kommen. Vielen Dank.

Protokoll der Sitzung vom 15. Mai 2023: Genehmigung

Sitzung Nr. 419	Datum 26.06.2023	Traktandum 2	Beschlussnummer 2021/24-187	Geschäftsnummer 144	Archivnummer 12/0/0
--------------------	---------------------	-----------------	--------------------------------	------------------------	------------------------

Feststellung:

Weil keine Wortbegehren gestellt werden, erklärt die Vorsitzende das Protokoll als genehmigt.

Verwaltungsbericht 2022: Genehmigung

Sitzung Nr. 419	Datum 26.06.2023	Traktandum 3	Beschlussnummer 2021/24-188	Geschäftsnummer 361	Archivnummer 12/10/7
--------------------	---------------------	-----------------	--------------------------------	------------------------	-------------------------

Detailberatung

Allgemeine Bemerkungen

Steinmann Hans Ulrich, ASK: Die ASK nimmt den Verwaltungsbericht 2022 zur Kenntnis und empfiehlt ihn dem Grossen Gemeinderat zur Behandlung. Der Verwaltungsbericht 2022 ist sehr umfassend und gibt ausführlich Auskunft über die verschiedenen Departemente. Die übersichtliche und farbige Darstellung wird sehr begrüsst und die Arbeit bestens verdankt. Positiv hervorgehoben wird, dass die Verwaltung Verbesserungsvorschläge aus der Vergangenheit aufgenommen und umgesetzt hat.

Von Arx Roland, SP+Grüne: Eigentlich wollte ich meinen Rücktritt nach der GGR-Sitzung bekannt geben. Weil ich dachte, so altersgerecht würde ich so still und leise abtreten. Jetzt ist mir dies halt nicht gelungen. Der Verwaltungsbericht ist übersichtlich und sehr informativ. Zum Beispiel beim Departement Umwelt sieht man beim Energieverbrauch für die Schulanlagen auf Seite 28, dass wir die zusätzliche Energie von ca. 1'000 MWh, welche die Fernwärme geliefert hat, man in den Jahren 2020 bis 2022, wo man wegen Corona richtig gelüftet hat, gerade durch das Fenster wieder verloren haben. Also 1'000 MWh einfach weg. Das zeigt doch auch, wie wichtig es wäre, dass wir die Schulanlagen zeitgemäss unterhalten und zwar möglichst rasch. Grundsätzlich sind wir mit dem Bericht einverstanden. Die Qualität von der Beurteilung der einzelnen Massnahmen ist sehr unterschiedlich zwischen den Departementen. Die Aussagen sind zum Teil unklar und widersprüchlich. Zum Beispiel bei der Planung steht zum Postulat "Grünzone Sternenmatt bleibt grün", das Anliegen sei in der UeO berücksichtigt. Mir ist nicht ganz klar, wie man es berücksichtigt hat, wenn man die ganze Grünanlage überbauen wollte. Hier benötigt es noch eine Erklärung. Zum Teil steht auch nur erfüllt oder nicht erfüllt. Dies ist eigentlich auch nicht genügend. Man möchte wissen, warum ist es erfüllt oder nicht. Weiter gibt es Abkürzungen, welche nicht richtig ausgeführt werden, wo man nicht weiss, um was es geht, wenn man nicht Insider ist. Da wäre es auch besser, man würde am Anfang sagen, was die Abkürzungen heissen oder ein Verzeichnis für die Abkürzungen machen. Im Weiteren beantragen wir das Postulat "Sichere Verbindung Langsamverkehr Worb-Richigen" nicht abzuschreiben. Das Postulat ist für uns nicht erfüllt. Es ist erst erfüllt, wenn das Parlament, das heisst, der Auftraggeber, auch über die Resultate von den Abklärungen offiziell informiert wurde. Im Gutachten des Kantons wird für die Strecke entlang der Hauptstrasse ein Defizit aufgezeigt und Massnahmen vorgeschlagen. Als nächster Schritt wird die Gemeinde aufgefordert, diese Handlungsmöglichkeiten zu

überdenken und ihre eigenen Wünsche einzubringen. Davon sehen wir jedoch nichts. Für die Strecke Trimsteinstrasse-Gsteigweg ist kein Gutachten erstellt worden. Es wird nur lapidar festgehalten, dass für Fussgängerinnen und Fussgänger, sowie unsichere Velofahrende diese Verbindung bedenkenlos sei und die Strasse zu schmal für einen Fussgängerstreifen sei. Die Trimmsteinstrasse ist aber, besonders wenn hohes Gras steht, sehr unübersichtlich und der motorisierte Verkehr nimmt jährlich zu. Deshalb sollte mindestens von Worb bis zum Gsteigweg eine Tempo 30-Zone geprüft werden. Unser Prüfauftrag ist also keineswegs erfüllt. Unser Postulat kann aus diesem Grund auch noch nicht abgeschrieben werden. Zu den einzelnen Departementen haben wir keine weiteren Bemerkungen. Wir werden uns dazu nicht mehr äussern. Wir bitten euch, unserem Antrag betreffend nicht Abschreibung von unserem Postulat zuzustimmen und werden den Verwaltungsbericht genehmigen.

Aebersold Daniel, SVP: Die SVP bedankt sich bei der Verwaltung für das Erstellen des Verwaltungsberichts. Für uns ist der Bericht sehr informativ, übersichtlich und verständlich. Auch das Volumen entspricht unseren Wünschen. Ich komme zum Vorstoss von SP+Grüne "Sichere Verbindung Langsamverkehr Worb-Richigen". Der Gehweg von Richigen nach Worb wird von den Schülern von Richigen, welche zum Worboden zur Schule gehen, täglich als Schulweg benutzt. Da es um einen Kiesweg handelt, kann er im Winter nicht schwarz geräumt werden. Gegen Richigen wird der Weg auch immer schmaler, da er von links und rechts überwachsen wird. Die Lösung von uns wäre, einen Asphalt-Belag. Wie er zum Beispiel zwischen Beitenwil und Rubigen oder zwischen Metzgerhüsi und Walkringen bereits vorhanden ist. Wir erhoffen uns, dass sich die Gemeinde beim Kanton meldet und Druck gibt, damit man diesen Weg teeren kann. Dann könnte diese Strasse im Winter auch schwarz geräumt werden, damit die Kinder auch im Winter diese Strasse mit dem Fahrrad oder zu Fuss benützen können. Noch zum Verwaltungsbericht allgemein, die SVP wird den Verwaltungsbericht 2022 genehmigen. Wir werden uns bei gewissen Departementen wieder melden.

Christensen Sven, FDP: Auch die FDP bedankt sich bei der Verwaltung und dem Gemeinderat für das Erstellen des Verwaltungsberichts. Ein Punkt auf Seite vier, da schliesse ich mich der ASK an, da steht auf dem Verwaltungsbericht, dass die Alten auf www. heruntergeladen werden kann. Wir möchten auch die alten Protokolle, von unseren Sitzungen herunterladen können. Beim Verwaltungsbericht geht es, dann sollte es bei uns auch gehen. Zu unserem Postulat "Verkehr raus, Leben rein" geht es um die Weiterführung der Umfahrung. Es ist sehr schade, dass wir das abschreiben müssen. Aber der Grund der Tatsache, dass wir nicht zu einem positiven Ergebnis gekommen sind, müssen wir dieses wohl oder übel abschreiben, aber das Thema "Verkehr raus, Leben rein", dies würde eigentlich bleiben, aber grundsätzlich müssen wir das Postulat abschreiben. Auf der Seite 22 ist uns etwas aufgefallen, da sollte man sicher hinschauen. Es geht um die Kosten der ausgeführten Bauten. Im 2019 haben wir 15 Millionen ausgegeben, im 2020, 1.1 Millionen, im 2021, 9 Millionen, im 2022, eine halbe Million. Die Bautätigkeit ist bei den gewerblichen Bauten massiv zurückgegangen. Weiter hinten im Postulat steht, dass die Idee war, den ESP neu zu positionieren und dort steht rot geschrieben, man hat es sistiert. Uns macht das gewerbliche Bauen, welches wir weniger haben, ein wenig Sorgen. Da müssen wir sicher hinschauen. Seit dem Jahr 2020 haben wir den Fachausschuss, da ist es spannend, dass der Fachausschuss neu 12 Sitzungen und 72 Geschäfte hatte. In der BK und Planungskommission haben wir nicht wirklich weniger Geschäfte. Für uns stellt sich die Frage, wo waren diese 72 Geschäfte vorher? Wir haben 72 neue Geschäfte, welche von einer externen Stelle behandelt werden. Auf dieser Seite weiter unten ist der Wohnungsbau. Das Thema baubewilligte Wohnungen, fertiggestellte Wohnungen, Ende Jahr im Bau befindliche Wohnungen. Ich habe versucht, die Zahlen zusammen zu zählen und eine Logik hinein zu bringen, damit ich für das nächste Jahr eine logische Zahl habe. Meine Rechnung geht nicht auf. Was mir aber aufgegangen ist, es hat im Jahr 2022 nur zwei fertiggestellte Wohnungen gegeben. Wenn wir einen Wachstum von 50 Personen anstreben, dann sind das grössere Wohnungen, wo je 25 Leute Platz haben. Was mir auch aufgefallen ist, PK und BK, also Planungs- und Baukommission, die hatten jeweils fünf bis sechs Sitzungen. Nicht mehr. Wir sind nicht schlagkräftig, wenn wir nur alle zweieinhalb Monate Sitzungen haben. Ob man diese zusammenlegen möchte, dies ist ein Thema im Rahmen des Sparens oder des Optimierens, dass man eine schlagkräftigere Kommission macht. Eine PK und BK zusammen. Vielen Dank nochmals für den Verwaltungsbericht. Wenn man will, kann man viel herausgelesen.

Kapitelweise Beratung

Einwohnergemeinde

Keine Wortmeldungen.

Grosser Gemeinderat

Keine Wortmeldungen.

Gemeinderat

Keine Wortmeldungen.

Departement Präsidiales

Keine Wortmeldungen.

Departement Finanzen

Steinmann Hans Ulrich, ASK: Wir wären auf den Seiten 17 bis 19, beim Departement Finanzen. Dort haben wir von Seite ASK Fragen eingereicht. Auf Seite 18, Punkt 4.1: Warum haben wir zwei Unfallversicherungen? Und nochmals Seite 18, Punkt 4.1: Die Schadenquote steigt kontinuierlich, also bei den Unfällen ist hier gemeint. Was wird dagegen unternommen?

Kölliker Lenka, Departementvorsteherin Finanzen: Ich gebe gerade Antworten zur Frage, warum wir zwei Unfallversicherungen haben. Wir haben die SUVA und die übrige Unfallversicherung. Die SUVA ist Pflicht für die Bauabteilung, besser gesagt für den Werkhof, wo wir die Leute versichern müssen. Die anderen sind frei. Die zweite Frage, die Schadenquote steigt kontinuierlich, was machen wir dagegen? Wenn wir sehen, wie viele Fälle wir haben, wir hatten 15 Fälle im Vorjahr, 15 Fälle im Jahr 2020 und 2014, in diesem Jahr, also Anzahl Schaden sinkt. Wenn wir aber einen Schadenfall mit einem höheren Betrag haben, so ist das ein Peak. Wir machen natürlich Präventionsarbeit, aber alles kann man nicht abfangen.

Departement Bau

Steinmann Hans Ulrich, ASK: Auch hier haben wir eine Frage eingereicht auf Seite 21, Punkt 3.1, wenn sich Ende 2021, 24 Wohnungen im Bau befinden, warum sind im Jahr 2022 nur zwei fertiggestellt?

Wermuth Bruno, Departementvorsteher Bau: Punkt 3.1, wegen diesen Wohnungen und Statistiken. Sven hat es auch schon angetönt. Es ist schon ein wenig ein Rätselraten. Es ist tatsächlich so, grössere Bauten und Objekte haben eine längere Bauzeit, welche über ein Jahr hinaus gehen. Und wenn im Dezember noch grössere Projekte hineinkommen, dann fehlen diese im Verwaltungsbericht. Dann fragt man sich, wo sind diese hingekommen? Es ist klar, es werden immer mehr neue Wohnungen und Häuser bewilligt, da ist es logisch, dass die Liste der Wohnungen, welche sich im Bau befinden, laufend notiert werden. Es ist eine rollende Planung, ein rollendes System, es läuft die ganze Zeit. Es wird entweder abgegeben oder noch nicht abgegeben und manchmal verzögern sich die Bauten. Es ist wirklich schwierig einen Rückschluss aus diesen Zahlen heraus zu ziehen. Da muss ich euch recht geben. Es ist auch nicht das erste Mal, wo dies angesprochen wird. Ihr seht, aus dieser Situation stellt sich immer wieder diese Frage. Aber aus diesem rollenden System ist es sehr schwierig zu sagen, warum sind so viele Wohnungen vorhanden und warum sind nur so viele fertig gestellt worden und im Jahr vorher, sind so und so viele Wohnungen bewilligt worden. Ich denke, von dem her ist es schwierig, es ist eine rollende Planung und man muss es so zur Kenntnis nehmen und nach wie vor, werden in Zukunft immer wieder Fragezeichen hintendran gestellt. Es kann immer länger gehen, dass Wohnungen und grössere Bauten nicht innerhalb eines Jahres fertiggestellt werden können.

Departement Umwelt

Steinmann Hans Ulrich, ASK: Departement Umwelt, Seite 29, Punkt 4, Insektenspezialist. War dieser Auftrag zwingend notwendig? Wenn ja, wo ist dies verankert?

Aebersold Daniel, SVP: Es geht um das Gleiche wie bei Hansueli, um den Insektenspezialisten. Uns interessieren die Kosten. Und wenn man etwas zahlen musste, möchte ich dazu sagen, dass wir das Gefühl haben, dass dies nicht sehr sinnvoll ist, solche Ausgaben zu tätigen. Man sollte bedenken, dass die Gemeinde Worb den höchsten Steuerfuss von all den umliegenden Gemeinden hat und der Investitionsbedarf in Zukunft sehr hoch sein wird.

Hauser Adrian, Departementvorsteher Umwelt: Die zwei Fragen zu den Insekten. Zur ASK, ob der Aufwand zwingend war und wo dieser Verankert ist. Der Auftrag dient der Erfolgskontrolle der Bewirtschaftung unserer Gewässer. Wir haben einmal die Worble renaturiert und Bund und Kanton haben sich zum grössten Teil an den Kosten von 21 Millionen Franken mit der Auflage beteiligt, dass es eine ökologische Aufwertung gibt und die Biodiversität gefördert wird. Der Insektenspezialist gibt Hinweise, ob die Bewirtschaftung richtig erfolgt, ob Korrekturen gemacht werden müssen und wo man optimieren muss. Das Insektenvorkommen ist dafür ein wichtiger und einfach zu erhebender Indikator. Die Kosten für die Erhebung und allfällige Massnahmen sind verhältnismässig gering und der ökologische Mehrwert sehr hoch. Zur SVP-Frage, wegen den Kosten: Genau aus diesen Gründen, welche ich gerade erwähnt habe, haben wir im Budget 2022 1'500 Franken für diesen Insektenspezialisten eingestellt. Gekostet hat uns dies 1'500 Franken, weil wir ihm gesagt haben, dass wir 1'500 Franken budgetiert haben. Er war ganze zwei Tage draussen auf dem Feld beim Bach und hat noch diesen Bericht geschrieben, also ich möchte sagen, 1'500 Franken ist ein sehr guter Preis. Ich empfehle euch, diesen Bericht einmal zu lesen. Es ist sehr interessant zu sehen, was alles an unserer Worble lebt. Es sind nicht nur Insekten erhoben worden, sondern auch Vögel und Pflanzen. Ihr könnt den Bericht gerne bei der Bauverwaltung anfordern.

Departement Bildung

Steinmann Hans Ulrich, ASK: Departement Bildung, Seite 33, Punkt 1.4: Wo findet man diese überarbeiteten Regelungen? Hat es Anpassungen in den Vorgaben gegeben?

Moser Christoph, Departementvorsteher Bildung: Es geht hier um Richtlinien über die Zumutbarkeit der Schulwege. Ich habe es bereits erwähnt, es handelt sich um Richtlinien und nicht um ein Reglement. Aus diesem Grund haben wir dieses Papier auch nicht veröffentlicht, aber selbstverständlich ist dies nicht geheim. Wer dieses Papier anschauen möchte, kann sich beim Schulsekretariat melden. Es basiert nach den Richtlinien, welche der Kanton Bern aufgestellt hat. Wir haben geschaut, dass dieses ähnlich ist. Was wurde geändert? Es war sehr wenig. Angepasst wurden die Bestimmungen für Vielbringen und zwar geht es um eine Entschädigung für die Benützung des ÖVs, wo wir nicht als sinnvoll erachtet haben. Es geht um Kinder, welche ins Oberstufenzentrum Worboden gehen. Neu entschädigt die Gemeinde die Autofahrten der Eltern, sofern die Wetterbedingungen den Schulweg unzumutbar machen.

Departement Soziales

Keine Wortmeldungen.

Departement Sicherheit

Keine Wortmeldungen.

Departement Planung

Steinmann Hans Ulrich, ASK: Unsere Kommission hat hier noch die folgende Frage formuliert: Seite 55, Punkt 1.4: Warum wurde das Projekt in Absprache mit dem Kanton und den Grundeigentümern sistiert?

Gemeindepräsident Gfeller Niklaus: Noch schnell zur Frage von dir, Sven, wegen den Aufgaben des Fachausschusses: Dies ist im Baureglement festgehalten, ich zitiere aus Artikel 45: Der Fachausschuss formuliert Empfehlungen zuhanden der Baubewilligungsbehörde." Bei welchen Fällen? "Bei Bauten und Anlagen in Orts-

bildschutzgebieten, bei Bauten und Anlagen von erhaltenswerten Bauten ausserhalb der Ortsbildschutzgebiete, bei Bauten und Anlagen in Strukturhaltungszonen und der Kernzone, bei Bauten und Anlagen, die sich auf die Fairness- oder Verdichtungsregelung berufen, bei Bauten und Anlagen in Landschaftsschutz- und schongebieten und zuletzt bei ästhetisch umstrittenen Bauvorhaben." Aktuell wurde in letzter Zeit viel gebaut, also gebaut noch nicht, es ist noch in Planung, deshalb gibt es beim Fachausschuss so viele Sitzungen. Aber dies haben wir früher immer in der Planungskommission gemacht. Wir hätten grob zu tun gehabt, hätten wir dies auch tun müssen. Ich denke der Fachausschuss ist ein gutes Instrument, welches wir eingesetzt haben. Jetzt zu deiner Frage Hansueli. Erfolgreiche Planungsverfahren, diese setzen voraus, dass die betroffenen Grundeigentümer und die Gemeinde einigermaßen am gleichen Strick ziehen. Beim ESP Worboden haben unsere Gespräche mit den Grundeigentümern ergeben, dass bei den einen Grundeigentümern gar kein Interesse vorhanden ist, etwas an der Baurechtlichen Grundordnung zu ändern und bei den anderen Grundeigentümern, da stehen die Interessen völlig diametral dem entgegen, von dem was die Gemeinde und der Kanton wollen. Also völlig etwas anderes. Und das sind schlechte Voraussetzungen, um in ein Planungsverfahren einzusteigen und es macht wenig Sinn, viel Zeit und Geld zu investieren. Deshalb haben wir beschlossen, dieses Projekt zu sistieren, in dieser Situation und bleiben selbstverständlich mit den Eigentümern im Gespräch, vielleicht gibt es irgendeinmal eine Änderung. Aber aktuell macht es keinen Sinn, hier etwas zu machen.

Aebersold Daniel, SVP: Departement Planung, Punkt 1.1, dort steht das Ziel, dass eine jährliche Bevölkerungszunahme von 50 Personen angestrebt wird. Wir von der SVP haben das Gefühl, dass wir dieses Ziel langsam hinterfragen müssen, ob das Ziel noch realistisch ist.

Aebersold Daniel, SVP: Noch Punkt 4, Landwirtschaft. Mit diesem Text wird aufgezeigt, dass für die Verwaltung der Gemeinde Worb nur die Biodiversität wichtig zu sein scheint. Die SVP möchte betonen, dass die Hauptaufgaben der Landwirtschaft die Produktion von hochwertigen Lebensmittel für die Bevölkerung sowie die Ernährungssicherheit sind.

Antrag und Beschluss

Beschluss zum Änderungsantrag der SP+Grüne-Fraktion:

Die SP+Grüne-Fraktion stellt den Antrag, das Postulat der SP+Grüne-Fraktion vom 11. Mai 2020 mit dem Titel "Sichere Verbindung Langsamverkehr Richigen-Worb" nicht abzuschreiben.

Der Änderungsantrag der SP+Grüne-Fraktion wird grossmehrheitlich gutgeheissen.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird einstimmig gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 49 Abs. 1 Bst. f der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

Beschluss:

1. Der Verwaltungsbericht für das Jahr 2022 wird genehmigt.
2. Mit der im Kapitel Grosser Gemeinderat, Ziff. 1.2, angegebenen Begründung werden beschrieben:
 - Motion der SP+Grüne-Fraktion vom 9. Dezember 2019 mit dem Titel "Aktive und nachhaltige Boden- und Wohnbaupolitik"
 - Postulat der FDP-Fraktion vom 11. Mai 2020 mit dem Titel "'Verkehr raus, Leben rein', Weiterführung Umfahrung Richtung Richigen".

Jahresrechnung 2022: Genehmigung

Sitzung Nr. 419	Datum 26.06.2023	Traktandum 4	Beschlusnummer 2021/24-189	Geschäftsnummer 35811	Archivnummer 21/20
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	--------------------------	-----------------------

Detailberatung

Steinmann Hans Ulrich, ASK: An der ASK-Sitzung von letzter Woche haben wir beschlossen, den Gemeinderat aufzufordern, folgende Frage zu beantworten: Wie beurteilt der Gemeinderat als Ganzes die Jahresrechnung in Bezug auf die mittelfristige Entwicklung und finanzpolitische Beurteilung? Es geht uns darum, dass uns der Gemeinderat einen politischen Ausblick gibt, nebst Faktenauflistung dieser Rechnung. Wir wissen alle, dass es eine Herausforderung ist, aber trotzdem hätten wir gerne eine politische Analyse gehabt. Wir haben die Rechnung zusammen mit der GPK behandelt und die Mehrheit beider Kommissionen sind der gleichen Ansicht. Die Gemeinderechnung 2022 wird grundsätzlich von beiden Kommissionen zur Kenntnis genommen. Die vorgängige Beantwortung der Fragen durch Jonas Weil und Lenka Kölliker wird bestens verdankt ebenso das Handout sowie die Tatsache, dass die Gemeinderechnung 2022 online für alle Bürgerinnen und Bürger verfügbar ist. Die ASK und die GPK empfiehlt dem GGR, die Jahresrechnung per 31. Dezember 2022 mit Aktiven und Passiven von CHF 71'344'887.87 und einem Aufwandüberschuss von CHF 124'058.26 zu behandeln.

Kölliker Lenka, Departementsvorsteherin Finanzen: Ihr habt alle die Unterlagen erhalten. Die 155 Seiten sind online und dann haben wir noch das Handout vorbereitet. Danke an Jonas und seinem Team. Das hilft sicher, die Jahresrechnung besser zu verstehen. Wir schauen uns die Übersicht an. Wie jedes Jahr haben wir den Gesamthaushalt, der sich aus Spezialfinanzierung und Allgemeinem Haushalt zusammensetzt. Der Gesamthaushalt schliesst mit einem Aufwandüberschuss von 124'000 Franken, der sich ausweist aus einem Verlust oder Aufwandüberschuss aus den Spezialfinanzierungen, insbesondere aus der Wasserversorgung. Bei der Wasserversorgung haben wir einen Aufwandüberschuss von 414'000 Franken erzielt. Dazu komme ich später noch im Detail. Bei der Abwasserentsorgung haben wir einen Gewinn von 123'000 Franken und bei Abfallentsorgung einen Ertragsüberschuss von 166'000 Franken. Wie erwähnt, insgesamt haben wir einen Aufwandüberschuss von 124'000 Franken. Auf der linken Seite ist der Allgemeine Haushalt, die eigentliche Jahresrechnung der Gemeinde, die mit einem Ertragsüberschuss von 1,7 Millionen schliesst. Es ist eine erfreuliche Zahl und schliesst um 2 Millionen Franken besser ab als budgetiert. Da die ordentlichen Abschreibungen kleiner ausgefallen sind als die Investitionen, wurden die 1,7 Millionen in die finanzpolitische Reserve eingelegt. Das Budget 2022 haben wir im Sommer 2021 erstellt, ein Jahr nachdem die Coronapandemie ausgebrochen war. Niemand wusste, wie es weitergehen soll und entsprechend vorsichtig haben Kanton und Gemeinden budgetiert. Es hat sich auch bei der positiven Jahresrechnung gezeigt, dass wir in bester Gesellschaft mit den meisten Gemeinden und Kantonen sind. Die Mehrheit hat positiv abgeschlossen. Das Positive in der Budgetierung ist, dass die Investitionen von 4 Millionen Franken realisiert werden konnten. Mehr als im Vorjahr. Wie kam es zu dieser Jahresrechnung? Es gibt drei wesentliche Punkte, die dazu geführt haben. Erstens, Fiskalertrag: Wir haben zwar 700'000 Franken weniger Steuern eingenommen als budgetiert. Der Hauptgrund dieser Minder-einnahmen liegt bei den Natürlichen Personen, welche aber durch die Einnahmen von den juristischen Personen und Spezialsteuer abgefangen werden konnten. Zweitens, Sozialhilferechnung: Positiv aufgefallen, denn entgegen den Prognosen des Kantons mussten wir im Jahr 2022 rund 500'000 Franken weniger in den Lastenausgleich einzahlen. Dies dank weniger hohen Zahlen als der Kanton erwartet hat. Es ist erfreulich mussten wir doch weniger einzahlen. Wir haben aber auch weniger mit dem Lastenausgleich erhalten. Drittens, Sachaufwand: Wesentlich zu der guten Jahresrechnung beigetragen haben Einsparungen beim Sach- und Betriebsaufwand von ca. einer halben Million Franken. Das sind die drei Hauptelemente auf der einen Seite mehr Einnahmen auf der anderen Seite hatten wir Einsparungen, wie es bei jeder Rechnung ist. Wenn wir nun zu den Spezialfinanzierungen gehen: Bei der Spezialfinanzierung Wasserversorgung haben wir einen Verlust von 235'000 Franken budgetiert. Wir erzielten einen Aufwandüberschuss von 414'000 Franken. Die Anschlussgebühren in der Höhe von 178'000 Franken werden in der Erfolgsrechnung erfasst und können an die jährliche Einlage in den Werterhalt, das ist der Wiederbeschaffungswert, angerechnet werden. Diese Einlagen von insgesamt 388'000 Franken stehen Entnahmen von 72'000 Franken gegenüber, so dass netto 316'000 Franken in die Spezialfinanzierung Werterhalt eingelegt werden konnten. Budgetiert waren 310'000 Franken. Wichtig ist der Zielwert. Bei der Wasserversorgung haben wir einen Zielwert von 430'000 Franken, momentan sind wir bei 523'000 Franken. Die Abwasserentsorgung haben wir mit einem Aufwandüberschuss von 304'000 Franken budgetiert und wir schliessen mit einem erfreulichen Ertragsüberschuss von 123'000 Franken ab. Die

Anschlussgebühren von 192'000 Franken werden in der Erfolgsrechnung erfasst und können an die jährliche Einlage in den Werterhalt angerechnet werden. Der Zielwert liegt bei 638'000 Franken, momentan sind wir bei 525'000 Franken. Auch hier sind wir mehr oder weniger im Plan. Für die Abfallentsorgung haben wir einen Ertragsüberschuss von 30'000 Franken budgetiert und abgeschlossen haben wir mit 166'000 Franken. Der Grund für diese Besserstellung liegt im höheren Wert des Papiers und Kartons, was sich hier positiv ausgewirkt hat. So viel zu den Spezialfinanzierungen. Nun zu den Steuern nach Sachgruppen. Wie ich bereits erwähnt habe, hat der Fiskalertrag mit 700'000 schlechter abgeschlossen als budgetiert. Wir haben 34'160'000 Franken budgetiert und haben 33'464'000 Franken eingenommen. Die grösste Differenz liegt bei den Natürlichen Personen, wo für 2022 zu optimistisch budgetiert worden ist. Grund ist, dass wir zu viel steuerpflichtige Personen erwartet haben. Der erwartete Zuwachs in Worb und entsprechend mehr steuerpflichtige Personen ist nicht eingetroffen. Dies haben wir bereits im ersten Halbjahr 2022 bemerkt und das Budget 2023 angepasst und nach unten korrigiert, so wie die Jahresrechnung 2022 es bestätigt. Die Mindereinnahmen bei natürlichen Personen konnten wir vor allem mit juristischen Personen abfangen. Wir haben Gewinnsteuern von 1.7 Millionen Franken eingenommen, budgetiert waren 1.5 Millionen Franken und im Vorjahr wurden 1.2 Millionen Franken eingenommen. Also eine erfreuliche Entwicklung, insbesondere im Corona-Jahr. Auch die Vermögensgewinnsteuer hat zum Ergebnis beigetragen, das sind die übrigen direkten Steuern. 1.1 Millionen Franken wurden budgetiert und wir konnten schlussendlich über 2.2 Millionen Franken einnehmen. Das sind Parameter, die sehr schwierig zu budgetieren sind, denn man weiss nicht, was während einem Jahr passiert und so ist es erfreulich, wie es gekommen ist. Die Übersicht der Investitionen zeigt, dass der grösste Teil das Gebäude der Tagesschule Worb, wo fast 2.3 Millionen Franken investiert wurden. Für das Oberstufenzentrum Worboden wurde ein Kredit gesprochen für die Vorprojektierung, dann Netzerhalt Wasserversorgung von 700'000 Franken. Insgesamt betragen die Bruttoinvestitionen 4.8 Millionen Franken. Bei der Wasserversorgung haben wir Einnahmen von fast einer halben Million Franken, das heisst Total Investitionseinnahmen von 474'000 Franken. Wenn wir den Betrag von den Bruttoinvestitionen abziehen, ergibt das ein Total der Nettoinvestitionen von 4.3 Millionen Franken. Geplant waren 5.791 Millionen Franken, das heisst der Realisierungsgrad beträgt 75 Prozent, was nicht schlecht ist. Den Investitionsstau haben wir somit in Angriff genommen und vergleichen wir uns mit der Nachbargemeinde Muri, mit einem Realisierungsgrad von 53 Prozent, sind wir einmal besser als sie. Kommen wir zur Entwicklung von Eigenkapital und Schuldengrenze auf der Seite 17. Die rote Linie zeigt die Finanzverbindlichkeiten, also stehen eigentlich für die Schulden, die blaue Linie zeigt das Eigenkapital und die finanzpolitische Reserve. Der Verlauf der beiden Linien während den letzten fünf Jahren zeigt eine wünschenswerte Entwicklung. Die Schulden sinken und das Eigenkapital plus Reserven steigen. Momentan liegt die Verschuldung bei 19 Millionen Franken und das Eigenkapital bei 16.3 Millionen Franken. Beim Eigenkapital ist die Grenze 5 Millionen Franken, welche man nicht unterschreiten sollte, und bei der Verschuldung haben wir uns die Grenze von 40 Millionen Franken gesetzt. Bei beiden Werten sind wir weit davon entfernt und das ist eine erfreuliche Entwicklung. Zu den Nachkrediten: Alle Nachkredite fielen in die Kompetenz des Gemeinderates und wir haben insgesamt Nachkredite von 4.5 Millionen Franken, wovon 3.6 Millionen sogenannte gebundene Nachkredite und 800'000 Franken neue Nachkredite sind. Aus irgendeiner Fraktion oder ASK kam die Frage, was gebundene Nachkredite bedeutet. Es handelt sich um zwingende Nachkredite wie z.B. Rohr- oder Wasserleitungen, die geflickt werden müssen. Die neuen sind zusätzliche Projekte oder Geschäfte. Keine dieser Nachkredite fallen in die Kompetenz des Grossen Gemeinderates. Jetzt zu den Finanzkennzahlen, einer sensationellen Tabelle mit einer Übersicht der wichtigen Finanzkennzahlen. Es sind viele Zahlen und für den Laien schwierig zu verstehen. Ich versuche euch die Liste zu erklären. Auf der rechten Seite sind die Kommentare und es ist wichtig zu wissen, dass es immer 2-3 Parameter pro Kategorie sind, welche in irgendein Verhältnis stehen, also beim Nettoverschuldungsquotient oder beim Selbstfinanzierungsgrad sind immer zwei oder drei Zahlen gegenübergestellt und in Prozenten aufgezeigt. Auf der gegenüberliegenden, linken Seite in der ersten Spalte sind Richtwerte und wenn man diese Zahlen in den letzten fünf Jahren vergleicht, sieht man, dass diese Werte erfüllt werden. Auch hier haben wir eine erfreuliche Situation. Zum Gemeindevergleich. Um einen politischen Ausblick der Jahresrechnung zu machen, schauen wir uns diese Tabelle an. Es ist schwierig, die einzelnen Gemeinden 1:1 zu vergleichen, denn einige investieren mehr, haben Sondererfolge bei Steuern. Trotzdem kann eine gewisse Aussage gemacht werden. In der 1. Spalte haben wir die Steueranlage und wir sind Spitzenreiter mit einer Anlage von 1.7. Hinter uns befindet sich Lyss mit 1.6, Münchenbuchsee mit 1.64. Es ist schwierig sich mit Muri und Ittigen zu vergleichen. Einwohnerzahlen sind einfach zu vergleichen. Kleine und grosse Gemeinden. Dann kommen die Finanzgrössen wie Nettoverschuldungsquotient oder Selbstfinanzierungsgrad etc.. Insgesamt stehen wir bei einigen Vergleichen besser da, bei einigen sind wir im Mittelfeld, eine Grösse, die uns eher am Schlusslicht stehen lässt oder eher in der unteren Hälfte. Wir können mit dem

Resultat mit 1.7 zufrieden sein und wir haben in den letzten vier Jahren auch solide Resultate gemacht. In der Landschaft sind wir aber im Mittelfeld. Fazit 1: Wie gesagt, der allgemeine Haushalt ist ausgeglichen, wir haben einen Ertragsüberschuss von 92'000 Franken budgetiert. Wir haben einen positiven Abschluss von 1.7 Millionen Franken gemacht, mussten diesen Betrag jedoch in die finanzpolitische Reserve einlegen. Wir haben weniger Steuern eingenommen als im Vorjahr, konnten dies aber innerhalb der einzelnen Klassen abfangen. Wir konnten Nettoinvestitionen von 4.36 Millionen Franken erzielen, was einen soliden Wert darstellt. Insgesamt waren 5.8 Millionen Franken geplant. Fazit 2: Das gute Resultat ist vor allem auf den Steuerertrag der Übrigen direkten Steuern, auf die Sozialhilfe und auf Einsparungen beim Sachaufwand zurückzuführen. Die Erstellung des Budgets 2022 war sehr schwierig. Darum ist ein Vergleich mit der Jahresrechnung 2021 fairer.

Cetin Mayk, EVP: Ein erfreuliches Resultat, worüber wir sehr dankbar sein dürfen als EVP-Fraktion aber auch als Gemeinde. Lenka hat dies sehr gut ausgeführt und zwei wichtige Kennzahlen, die wir immer im Auge halten sollten, sind die Verschuldung und das Eigenkapital. Wir dürfen das Erfolgserlebnis ein wenig feiern, denn wir konnten die Verschuldung während drei Jahren konstant halten. Dies ist nicht selbstverständlich und das Eigenkapital, welches lange ein Sorgenkind war, konnte gesteigert werden. Natürlich spielen die ausserordentlichen Faktoren mit, aber wir sind zuversichtlich, dass wir praktisch in jedem Jahr solche erleben dürfen. Vielen Dank für die präsentierte Rechnung und die Frage, die beantwortet wurde. Mit diesen guten Zahlen können wir beruhigt in die Sommerferien starten und danach mit guter Basis die Investitionen in Angriff nehmen, die noch ausstehen.

Marthaler Matthias, SP+Grüne: Die Regierung kommt zum Schluss, dass die Rechnung mit einem guten Resultat abschliesst. Die Fraktion SP+Grüne sieht dies auch so und bemerkt, dass die Finanzen der Gemeinde, im Hinblick auf unsere geplanten und notwendigen Investitionen, auf soliden Füßen steht. Der finanzielle Spielraum wurde geschaffen, um mit gutem Gewissen anzupacken. Wir werden die Rechnung 2022 so genehmigen und bedanken uns für die geleistete Arbeit.

Jorio Marco, Mitte/glp: Die glp/Mitte-Fraktion ist natürlich mit dem Gesamtergebnis zufrieden. Es ist erfreulich, dass 1.7 Millionen Franken in die finanzpolitische Reserve fliessen konnten, und Spielraum lässt für die Zukunft und diese sind, angesichts der grossen Projekte wie zum Beispiel die Sanierung des Worbbodens, dringend nötig. Es gibt aber noch ein paar Wermutstropfen. Schon wieder wurde weniger investiert, nämlich 1.43 Millionen Franken weniger als budgetiert, und deshalb denken wir nicht so positiv wie Lenka. Gestern konnte man auf Bern-Ost lesen, dass Münsingen, nur etwas weniger gross als Worb, 15.4 Millionen Franken investierte. Bei uns liegen auch die Steuereinnahmen von total 700'000 Franken unter dem Budget, bei Münsingen hingegen 1.76 Millionen Franken über dem Budget. Da fragen wir uns, was machen die anderen anders oder besser? Wie konnte man bei den Steuereinnahmen für natürliche Personen um gut 10 Prozent danebenliegen? Ein Blick auf die Entwicklung auf Eigenkapital und der Schuldengrenze zeigt, dass die Gemeinde nicht so schlecht dasteht. Da sind wir mit Lenka einig, aber es stehen uns noch einige Ausgabebrocken bevor. Euphorie ist momentan nicht angezeigt und schon gar keine Steuersenkung. Wir sind froh, dass wir heute Abend etwas wie eine politische Beurteilung in gewissen Punkten von Lenka erhalten haben, aber einige Fragen sind noch offen. Als Erstes, und dies ist eine formale Kritik, geht es nicht darum, das ausgezeichnete Handout vorzulesen. Lesen können wir alle auch. Uns würde es interessieren, welche Investitionen nicht realisiert wurden. Was zieht der GR aus der Rechnung 2022 für Konsequenzen, beispielsweise für das Budget 2024? Wo wurden wir stärker, wo schwächer gegenüber anderen Gemeinden? Solche Punkte würden in eine politische Beurteilung gehören.

Marchand Andy, FDP: Insgesamt haben wir eine gute Geschichte, die uns vorgezeigt wurde und es darf erneut erwähnt werden, dass wir während der Coronapandemie geplant haben und niemand wusste, was noch kommen wird. Die Spezialfinanzierungsgeschichte ist nicht spektakulär, aber was mir noch beim Durchlesen aufgefallen ist, sind die 4.5 Millionen Franken Nachkredite auf der riesigen Tabelle. Jonas Weil hat es mir als Laie per E-Mail versucht zu erklären und so bekam ich Licht in diese Sache. Mit 4.5 Millionen Franken sind es viel mehr als im Jahr 2022, aber es sind die 1.7 Millionen Franken dabei, die in die Reserve eingelegt wurden. Vielen Dank für die Ausführungen. Die Fraktion der FDP verdankt ebenfalls die Arbeit der Verwaltung und des Gemeinderates und wird diese Rechnung selbstverständlich genehmigen. Trotzdem nehme ich gerne noch Bezug auf die beiden Grafiken, die ich euch auf den Tisch gelegt habe. Wir haben uns gefragt, wo wir stehen. Wir haben es gehört und oft darüber diskutiert. Wir haben Mindereinnahmen bei der Bevölkerung und wenn

deren die neuen Wasserleitungen an der Enggistestrasse von 700'000 Franken. Dies wurde wegen Beschwerden verschoben. Es ist schwierig zu budgetieren und dann ist es auch schwierig ein Projekt genau abzurechnen, welches über Jahre dauert, vor allem bei grösseren Projekten die jahresübergreifend sind. Mit einem Realisierungsgrad von 75 Prozent sind wir aber nicht so schlecht. Jetzt zu den Aussichten oder politischen Wertung, was nehmen wir uns vor für das nächste Jahr. Wir sind uns alle einig, es war ein gutes Jahr aber wir wissen, dass dies auf die ausserordentlichen Effekte zurückzuführen ist, das heisst es ist weniger unser Verdienst als der von anderen. Die Steuerzahlen bewegen sich bei den juristischen Personen inkonstant und sind schwierig zu prognostizieren. Bei natürlichen Personen sind wir wenigstens über dem Vorjahr, deshalb habe ich mit dem Vorjahr verglichen und nicht mit dem Budget. Das Budget 2023 haben wir betreffend Anzahl steuerzahlende Personen in Worb bereits korrigiert. Das war der Fehler im Sommer 2021. Wir waren zu optimistisch gegenüber all den laufenden Projekten in Worb. Im Budget 2024 fliessen auch die Erkenntnis der Jahresrechnung 2022, also Anzahl der Steuerpflichtigen wird berücksichtigt genauso wie andere Zahlen. Trotz des positiven Rechnungsergebnisses müssen wir in Zukunft auf die Nachhaltig-, Wirtschaftlich- und Sparsamkeit grosse Achtung geben.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird einstimmig gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 49 Abs. 1 Bst. a der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

Beschluss:

1. Die Jahresrechnung per 31. Dezember 2022 mit Aktiven und Passiven von CHF 71'344'887.87 und einem Aufwandüberschuss von CHF 124'058.26 wird genehmigt.
2. Die Eröffnung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

Betreuungsgutscheinsystem; definitive Einführung; Genehmigung

Sitzung Nr. 419	Datum 26.06.2023	Traktandum 5	Beschlusnummer 2021/24-190	Geschäftsnummer 32119	Archivnummer 41/81
--------------------	---------------------	-----------------	-------------------------------	--------------------------	-----------------------

Detailberatung

Bircher Andreas, GPK: Die GPK ist für eine Behandlung des Geschäfts. Die GPK hatte ein paar Fragen. Diese haben sich bezogen auf den Aufwand und den Ertrag der Betreuungsgutschriften. Die Fragen haben wir im Protokoll gestellt und wurden vom Departement Soziales beantwortet. Vielen Dank Karin und vielen Dank Stephan Leiser für die qualifizierten und differenzierten Antworten. Ich kann etwas über den Hintergrund sagen. Die Frage war, für die Betreuungsstunden, welche geleistet werden, braucht es eine 30 Prozent-Stelle, um die Gesuche und die über 500 Mutationen zu prüfen. Ist das viel oder ist das wenig? Man kann hierfür einen Erfahrungswert nehmen, welche es in den Hilfswerken gibt, damit man sicherstellen kann, dass das Geld an den richtigen Ort geht, damit diejenigen, die Anspruch haben, auch das Geld bekommen. Diese 30 Prozent-Stelle ist gerechtfertigt. 15-20 Prozent von einem Spendenfranken in einem Hilfswerk sind nötig, damit es Kontrollen gibt und das Geld an den richtigen Ort gelangt. Der Aufwand ist sehr gross, um dies sicher zu stellen. Aber wahrscheinlich ist nicht diese 30 Prozent-Selle die richtige Frage, sondern eine Falsche, nämlich die Frage ist, was ist der Input und was der Output in Stunden? Ein Beispiel: Wenn eine Betreuungssituation sehr komplex ist, heilpädagogisch, psychologisch usw. gibt es ein Eins zu Eins-Setting, das heisst, heilpädagogisch Input eine Stunde und Output eine Betreuungsstunde. Im Kindergarten, eine Stunde Kindergärtnerin, 15 Kinder, eine Stunde Input, 15 Stunden Output Betreuungsstunden, ein völlig anderes Setting. Da wäre es interessant zu wissen, was ist eigentlich Input und was ist Output? Und diese Zahlen bekamen wir nicht geliefert, aber wir bekamen in Aussicht gestellt, dass wir diese erst im nächsten Jahr haben werden.

Waber Karin, Departementvorsteherin Soziales: Der Kanton Bern hat das System zur Finanzierung für familienergänzende Kinderbetreuung geändert. Vormals wurden die Institutionen wie Kita und Tageseltern unterstützt. Beim neuen System werden die Erziehungsberechtigten direkt unterstützt. Relevant ist das Einkommen. Was ist der Vorteil des neuen Systems? Der Vorteil, Familien mit geringerem Einkommen erhalten grössere finanzielle Hilfe, als Familien mit einem hohen Einkommen. Zudem können die Erziehungsberechtigten frei wählen, in welcher Institution sie ihre Kinder betreuen lassen möchten. Die Betreuung erfolgt Orts unabhängig. Das Parlament hat im Dezember 2019 das Pilotprojekt für die Betreuungsgutscheine zugestimmt. Heute wird Bilanz gezogen und das Parlament wird darüber entscheiden, ob das System für Betreuungsgutscheine definitiv ab August 2023 eingeführt werden soll. Die genauen Kosten können den Unterlagen entnommen werden. Was zusätzliche finanzielle Aufwendungen für die Gemeinde ausmachen, ist der verwaltungsinterne Aufwand für die Bearbeitung der An- und Abmeldungen und Mutationen. Andreas hat dies sehr gut erläutert. Zu Beginn versuchte die Verwaltung mit 20 Stellenprozenten die anfallenden Arbeiten zu erledigen. Die Leistungserfassung zeigte jedoch, dass die bewilligten 20 Stellenprozente nicht ausreichten. Die Empfehlung des Kantons, dass dafür 30 Stellenprozente erforderlich sind, entspricht den gemachten Erfahrungen. So hat der Gemeinderat im Mai 2021 beschlossen, die Stellenprozente anzupassen. Im Vergleich mit anderen Gemeinden entsprechen diese 30 Stellenprozente den Erfordernissen. Die Kosten für den Verwaltungsaufwand wird durch die Gemeinde getragen und die Kosten für die Betreuungsgutscheine werden mit dem Kanton verrechnet. Die Gemeinde trägt hier 20%, der Rest geht in den Lastenausgleich. Das ist der Grund, weshalb diese beiden Kostenstellen nicht vermischt werden. Damit für Familien in Worb auch in Zukunft die finanzielle Unterstützung für die Betreuung der Kinder gewährleistet ist, plädiere ich für eine definitive Einführung des Systems für Betreuungsgutscheine.

Marthaler Matthias, SP+Grüne: Wir finden, die Betreuungsgutscheine sind eine schlaue Sache, denn sie setzen da an, wo Unterstützung gebraucht wird und befähigen so Familien und Alleinerziehende, ihr Leben und ihren Unterhalt aus eigener Kraft zu bestreiten. Dies bewirkt gerade, dass mehr Menschen gleichberechtigter und selbstbestimmter über ihre Arbeit und die Gestaltung des Familienlebens entscheiden können. Der administrative Aufwand ist im Vergleich zum Nutzen ausgeglichen und dadurch wird sichergestellt, dass das Geld da ankommt, wo es hingehört und am meisten bringt. Die Fraktion SP+Grüne genehmigt natürlich die definitive Einführung des Betreuungssystems. Ich muss noch sagen, das Votum habe ich auch im Namen von Rolf Maurer gehalten, welcher mit mir zusammen das angeschaut hat. Er hätte das heute Abend hier vertreten, aber er kann ja nicht dabei sein und er wünscht allen einen schönen Abend.

Zürcher Deborah, Mitte/glp: Es wurden schon viele von meinen Fragen beantwortet. Es wurde auch schon viel gesagt. Ich möchte nur sagen, dass man sieht, dass die Betreuungsgutscheine wirklich gebraucht werden und sich bewähren. Was ich aus meiner Sicht als Spielgruppenleiterin finde, ist es sehr schade, kann man diese für die Spielgruppe nicht gebrauchen. Weil in einem Tageselternverein oder in der Kita, lernen die Kinder den Ablauf nicht, welche sie im Kindergarten brauchen. Dies lernen sie nur in der Spielgruppe. Und dies höre ich von vielen Kindergärtnerinnen. Es ist gut, können sie dorthin gehen. Besser als nichts, aber es wäre auch gut, würden die Kinder den Ablauf auch schon kennen. Wir werden dem zustimmen.

Bieri Marianne, FDP: Die FDP-Fraktion befürwortet die definitive Einführung der Betreuungsgutscheine aus folgenden Gründen: Die bisherigen Erfahrungen sind positiv ausgefallen. Fast alle Gemeinden haben das System eingeführt. Die Betreuungsgutscheine können im ganzen Kanton Bern eingelöst werden und es ist sehr wichtig für Kinder mit Migrationshintergrund. Wir hinterfragen uns einzig, wieso die Stelle Administration von 20 auf 30 Stellenprozent erhöht wurde. Es müsste doch nach Einführung des Kibon-Systems zum jetzigen Zeitpunkt eher einfacher sein, da teilweise die erziehungsberechtigten Personen nun bereits erfasst sind. Aber wir stimmen dem Antrag für die definitive Einführung der Betreuungsgutscheine zu.

Steinmann Hans Ulrich, SVP: Mit diesem Betreuungsgutscheinsystem kann dazu beigetragen werden, dass Eltern ihrem Erwerb nachgehen können, dies wiederum trägt zu einem besseren Einkommen bei. Es wird denjenigen Familien geholfen, die es ohnehin schon am schwersten haben. Ein besseres Einkommen wiederum, bringt einerseits der Gemeinde mehr Steuereinnahmen und andererseits den Familien eine finanzielle, und sicher auch psychische Entlastung. Schlussendlich, und das soll ja das Ziel sein, sind die Kinder besser betreut und spüren sowohl zu Hause wie in der Betreuungseinrichtung ein angenehmeres soziales Umfeld. Wir von der SVP-Fraktion werden der definitiven Einführung zustimmen.

Beschluss:

Der Antrag des Gemeinderates wird mit 36 zu 0 Stimmen bei 0 Enthaltungen gutgeheissen. Somit ist in Anwendung von Art. 48 Bst. c der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999 der folgende

Beschluss

entstanden:

Beschluss:

1. Das bestehende Betreuungsgutscheinsystem wird per 1. August 2023 definitiv eingeführt.
2. Für die Finanzierung der Betreuungsgutscheine wird jährlich ein Nettobetrag in der Höhe von maximal CHF 200'000.00 bewilligt.
3. Vorbehalten bleiben
 - eine fakultative Volksabstimmung gemäss Art. 33
 - ein Volksvorschlag gemäss Art. 35 der Verfassung der Einwohnergemeinde Worb vom 13. Juni 1999.
4. Die Ausführung dieses Beschlusses ist Sache des Gemeinderates.

"Sichere Fusswegverbindung Worboden-Sonnhalde", Motion der SP+Grüne-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung

Sitzung Nr. 419	Datum 26.06.2023	Traktandum 6	Beschlussnummer 2021/24-191	Geschäftsnummer 36574	Archivnummer 31/30/0
--------------------	---------------------	-----------------	--------------------------------	--------------------------	-------------------------

Detailberatung

Federer Guido, SP+Grüne: Andy Marchand hat mir mit seinem Diagramm aus der Seele gesprochen. Junge, steuerkräftige Familien sind eher dünn. Damit aber diese Familien kommen, die schauen, was für Angebote es gibt, wohin sie gehen können, braucht es Investitionen. Von mir aus gesehen, wenn man Steuereinnahmen ernten will, müssen zuerst Investitionen gesät werden. Um so eine geht es hier. Das Areal der Verzinkerei Worb soll mit Wohnungen überbaut werden. Dort werden in Zukunft einmal viele Kinder wohnen, welche in der Sonnhalde in die Schule gehen. Heutzutage gehen die Schulwege entweder durch die Industrieviertel, Industriequartier Worboden, um das RBS-Quartier, dann über die Bollstrasse oder oben durch das Dorf, bei der alten Mosterei vorbei. Der GR geht bei dieser Stellungnahme nur auf die unkritischen Stellen ein. Nämlich auf die Bollstrasse, welche gerade saniert wurde. Irgendwie müssen die Schülerinnen und Schüler auf die Bollstrasse kommen. Abschnitte, wie der Bahnhofplatz oder das Industriequartier, werden nicht thematisiert, obwohl aus unserer Sicht gerade hier die kritischen Abschnitte liegen. Wir schlagen vor, eine neue Verbindung von der neuen Überbauung, quasi quer über die Bahnlinie durch den Friedhof zu erstellen. Von dieser würden auch Schülerinnen und Schüler des Worbodens profitieren, welche in der Sonnhalde wohnen oder die Einwohner dieser Siedlung, wenn sie zur RBS-Haltestelle im Worboden gehen wollen. Es bietet sich eine einmalige Gelegenheit für eine solche Verbindung. Bis jetzt gab es verschiedene Hindernisse, welche diesen gegenüber standen. Einerseits war die Verzinkerei ein Industrieareal, welches abgeschlossen war, man konnte es nicht durchqueren. Andererseits verläuft die RBS auf einem Damm und nebenan ist der Bach, welcher relativ tief liegt, was dazu führt, dass weder eine Über- noch Unterführung machbar ist. Die neue Überbauung ermöglicht jetzt neue Optionen. Man kann den Bach, der im Moment noch eingedolt ist, hinaus nehmen und in die Siedlung integrieren. Mit dem können beide Probleme gelöst werden. Wenn man das nicht macht, dann ist die Möglichkeit für ein paar Jahrzehnte vorbei, also man hat genau jetzt diese Chance. Aber auf diese wechselnden Umstände geht der Gemeinderat in seiner Stellungnahme nicht ein. Aus unserer Sicht müsste man diese Möglichkeit prüfen. Wir wären auch einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln und bitten euch, dem zuzustimmen.

Bigler Markus, SVP: Wir von der SVP-Fraktion folgen dem Gemeinderat und werden den Vorstoss als nicht erheblich erklären. Wir stellen erfreut fest, dass der Gemeinderat für anstehende Projekte besser hinschaut und aufgrund der zukünftigen, prekären, finanziellen Lage in der Gemeinde Worb mit dem Geld haushälterisch umgehen will.

Stucki Daniel, FDP: Die FDP-Fraktion wird auch dem Vorschlag des Gemeinderats folgen, weil wir der Meinung sind, dass sie es aufzeigen konnten, dass sie es sauber abgeklärt hatten. Ich lief letzte Woche persönlich beide Strecken ab. Einerseits vom Sonnenboden, zum Bahnhof hinauf durch die Unterführung dann die Bollstrasse hinab oder um das RBS-Depot, es ist knapp ein Kilometer und ganz ehrlich gesagt, von mir aus gesehen, ein zumutbarer Schulweg. Klar wäre es praktisch direkt über den Friedhof, aber praktisch ist nicht immer günstig.

Wirth Alfred, SP+Grüne: Aus den Voten der SVP und FDP entnehme ich, dass wir sehr zurückhaltend unterwegs sind. Denkt ein wenig voraus. Wir sollen in Worb verdichten und verdichten heisst auch, dass wir Verkehrswege sicherstellen müssen. Nicht nur für das Auto oder für das Fahrrad, sondern auch für den Fussgängerverkehr. Wenn wir schon eine Möglichkeit haben, sollten wir es näher anschauen. Klar kann man sagen, ein Kilometer ist machbar. Aber genau jetzt haben wir die Möglichkeit, so etwas in Angriff zu nehmen. In zehn, zwanzig Jahren haben wir das nicht mehr. In den nächsten Jahren ist dies verbaut. Und genau das ist das Problem, dass wir immer abwarten und denken, es löse sich von allein. Wenn wir sehen, die Verdichtung bringen wir her, wir müssen in die Höhe bauen. Wir müssen schauen, dass die Menschen irgendwo durchkommen, dann müssen wir jetzt die Verkehrswege bauen. Und hier wäre jetzt die Möglichkeit. Ich hoffe, ihr überlegt es euch noch einmal, ob es nicht sinnvoll wäre, es endlich anzugehen.

Beschluss:

Die in ein Postulat umgewandelte Motion der SP+Grüne-Fraktion mit dem Titel "Sichere Fusswegverbindung Worboden-Sonnhalde" wird als nicht erheblich erklärt.

"Gutscheine für selbstbestimmtes Wohnen", Postulat der SP+Grüne-Fraktion: Stellungnahme zur Frage der Erheblicherklärung

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 419	26.06.2023	7	2021/24-192	36575	41/20

Detailberatung

Flentje Burkhard Sibylle, SP+Grüne: Ich möchte Karin Waber bedanken, für die interessanten Informationen, welche sie uns hat zukommen lassen. Die demografische Entwicklung zwingt offenbar auch den Bund, mehr zu unternehmen, damit selbstbestimmtes Wohnen im eigenen Haushalt für viele Menschen möglichst lange machbar ist. Auch wenn der Leistungskatalog für viele Menschen mit Ergänzungsleistungen vielleicht erweitert wird, bleibt er eingeschränkt und starr. Nach wie vor braucht es einen administrativen Aufwand und eine lange Wartezeit, bis jemand Unterstützungsleistungen erhält. Notabene kommt es nur denjenigen zugute, welche schon Ergänzungsleistungen haben. Altersarmut hat viele Gesichter. Auch in der reichen Schweiz ist sie keine Seltenheit. Neben Personen, welche Ergänzungsleistungen haben, gibt es eine grosse Anzahl Personen, welche rein rechnerisch EL berechtigt wären, die Unterstützung aber nicht beantragen. Sei es aus Scham oder aus bürokratischer Hürde. Zusätzlich gibt es Menschen, die in sehr bescheidenen Verhältnissen leben, aber knapp an der EL-Grenze vorbeigehen. Ein Drittel aller Bewohnerinnen und Bewohnern in Alters- und Pflegeeinrichtungen brauchen pro Tag weniger als eine Stunde Betreuung. Dies sind Menschen, die theoretisch nicht in einem Heim sein müssten. Wenn aber eigene Möglichkeiten fehlen, an Hilfs- und Unterstützungsleistungen zu kommen, dann ist der Heimeintritt die einfachste Lösung. Wenn mit einfachen Hilfestellungen ein Heimeintritt hinausgezögert oder verhindert werden kann, dann stellt dies für die betroffenen Personen eine höhere Lebensqualität dar und gleichzeitig spart die öffentliche Hand viel Geld. Interessanterweise stellt auch der Bund fest, dass mit der Anpassung des EL-Leistungskatalogs noch nichts gemacht ist. Im Bericht steht folgendes: "Nebst Anpassungsvorschläge, wie das betreute Wohnen über das EL-System finanziert werden kann, sollen die Diskussionen auch auf die Betreuung älterer Menschen im allgemeinen ausgeweitet werden." Unter möglichen Massnahmen wird das Gutscheinsystem von Luzern erwähnt. Ihr habt von mir eine Mail mit einem Link

zu einem Beitrag von SRF aktuell bekommen, dort wird das Gutscheinsystem vorgestellt. Die Frage, welche man sich in Luzern gestellt hat, war, wie die Lebensqualität und die Selbständigkeit von Armutsbetroffenen Menschen gefördert werden können. Mit dem Ziel, dass niemand zu einem frühzeitigen Heimeintritt gezwungen wird, und so Kosten gesenkt werden können. Die Lösung, welche sie gefunden haben, ist ein Gutscheinsystem für individuelle, unbürokratische, flexible und schnelle Unterstützung. Nach einem vierjährigen Pilotprojekt hat in Luzern das Stadtparlament im Oktober 2022 mit 46 zu null Stimmen der definitiven Einführung des Gutscheinsystems zugestimmt. Das Kosten-Nutzenverhältnis hat alle überzeugt. Ich lese euch einen Auszug aus dem Protokoll der Sitzung vor. Jürg Krähenbühl hat für die SVP-Fraktion folgendes gesagt: "Unfreiwillige und ungewollte Heimeintritte sollen möglichst verhindert werden. Die Wirtschaftlichkeit der Gutscheinsysteme für selbstbestimmtes Wohnen wurde genau aufgezeigt. Wichtig scheint der SVP-Fraktion, dass die Lebensqualität der älteren Bevölkerung dank der Gutscheine verbessert werden kann. Schwächen, welche die herkömmlichen Unterstützungssysteme oft aufweisen, werden ausgeglichen. Das Luzerner Gutscheinsystem ist das Gegenstück. Unbürokratisch, rasch, individuell und flexibel. Von besonderer Bedeutung ist auch die Entlastung von Pflegenden und betreuenden Angehörigen. Die Überführung des Pilotprojekts in die Regelstrukturen wird auch von der SVP-Fraktion unterstützt." Die demografische Entwicklung zeigt, dass das Thema Alter in der nächsten Zeit an Brisanz gewinnen wird. Es sind alle Akteure gefragt. Auch die Gemeinden. Wir werden Lösungen suchen müssen, welche möglichst vielen Menschen, vor allem aber denjenigen, mit wenigen finanziellen Ressourcen, ein selbstbestimmtes Wohnen ermöglichen. Mit dem Alterszentrum Worb haben wir schon ein guter Anfang gemacht, um gute Voraussetzungen für Lösungen zu erarbeiten. Ich wünsche mir sehr, dass das Thema vertieft geprüft wird, und bitte euch, das Postulat zu überweisen.

Meister Stefan, SVP: Wir von der SVP folgen der Begründung des Gemeinderats und werden somit dieses Postulat als nicht erheblich erklären. Weiter hat der Bundesrat an der Sitzung vom 21. Juni 2023 die Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über Ergänzungsleistungen, zur Alters- und Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (ELG) eröffnet. Der Bundesrat will die Autonomie älterer Menschen und das Wohnen im eigenen Zuhause fördern. Bevor wir hier auf Gemeindeebene einen Schnellschuss abgeben, gilt es die Resultate dieser Vernehmlassung abzuwarten.

Bieri Marianne, FDP: Die FDP-Fraktion wird das Postulat aus folgenden Gründen als nicht erheblich erklären: Es werden folgende Dienstleistungen angeboten: Das Zentrum Alter Worb bietet einen Mahlzeitendienst an. Sie machen Besuche der 80-jährigen am Geburtstag durch Freiwillige. Es werden sämtliche Fragen und Abklärungen im Zusammenhang mit dem Alter durchgeführt. Ich möchte darauf hinweisen, dass ich als Freiwillige auch an die Geburtstage der 80-jährigen gehe und ich hätte bis jetzt noch nie etwas wegen den Finanzen gehört. Sie sind alle zufrieden. Weiter bieten wir den VSeSe an. Dieser hat eine Vermittlungsbörse, bei der man sich für Kommissionen, Fahrdienste, Rasen mähen etc. melden kann. Dann gibt es noch die Spitex, welche auch den Mahlzeitendienst anbietet und auch einen Notfallknopf hat. Pro Senectute, welche auch sehr, sehr viel macht und ich persönlich auch nur Gutes höre. Dann haben wir noch den Frauenverein und den TJWO. Gerade während der Pandemie hat der TJWO sehr viel geleistet. Wichtig ist vor allem auch die nachbarschaftliche Hilfe. Es ist wichtig, dass man sich gegenseitig hilft. Unter gewissen Voraussetzungen werden nebst der EL auch Beträge wie zum Beispiel Fahrdienst übernommen. Hilfenentschädigung wäre unter Umständen auch noch eine Möglichkeit. Das Zentrum Alter Worb und die Pro Senectute haben mehrmals einen Fragebogen über den Gesundheitszustand, Schmerzen, Kontakte, Finanzen etc. an die 80-jährigen verschickt. Die Rückmeldungen waren bis jetzt positiv. Aus diesen Gründen erklären wir das Postulat als nicht erheblich.

Bircher Andreas, SP+Grüne: Erstens, es geht nicht um einen Schnellschuss, sondern um eine Abklärung. Zweitens, wenn man auf den Bund wartet, wartet man Jahre. Drittens, es geht um sehr, wenig Geld. Luzern investiert etwa 150'000 Franken, auf Worb hinunter gerechnet macht das etwa 10'000 bis 15'000 Franken. Viertens, mit ganz wenig, kann sehr viel geleistet werden. Aus persönlichen und beruflichen Erfahrungen, wenn ich jemandem eine Zahnarztrechnung von 500 bis 1'000 Franken bezahle, dann verschuldet er sich nicht. Fünftens, Altersarmut ist weiblich und die Frauen melden sich nicht. Als letzter Punkt, es betrifft in dieser Diskussion immer EL-Bezüger. Denjenigen, denen es in unserer Gesellschaft am schlechtesten geht, sind diejenigen, welche knapp keinen EL-Anspruch haben. Personen, welche EL haben, haben hier einen Zustupf und da einen Rabatt. Acht Prozent der Bevölkerung lebt in Armut

Waber Karin, Departementsvorsteherin Soziales: Das Postulat der SP+Grüne-Fraktion wurde im Februar 2023 zur Bearbeitung an das Departement Soziales überwiesen. Das Departement Soziales hat sich intensiv mit dem Antrag beschäftigt, um abzuklären, was hinter den Forderungen des Postulats steht, wie die Gemeinde Worb mit den geforderten Leistungen zum heutigen Zeitpunkt umgeht. In der Stellungnahme zur Frage der Erheblichkeit findet ihr die Ergebnisse. Für alle die neun Forderungen bestehen in der Gemeinde bereits funktionierende Angebote. Und dies nicht nur für EL-Bezüger. In Worb gibt es zahlreiche Anlaufstellen, welche mit Rat und Tat Interessierte unterstützen. Es wurden schon zahlreiche genannt, wie zum Beispiel die Pro Senectute, als landesweite Institution oder die AHV-Zweigstelle übernimmt Unterstützungsaufgaben hier in der Gemeinde. Zudem verweise ich auf das Zentrum Alter Worb. Es wurde gerade zu diesem Zweck ins Leben gerufen. Die Bevölkerung von Worb kann sich hier zu den genannten Themen professionell beraten lassen. Aber vergessen dürfen wir auch den Verein für Seniorinnen und Senioren nicht. Er ist gerne bereit, Hilfestellungen zu allen Fragen zum Alter zu leisten. Wir haben zudem recherchiert, welchem Modell das Postulat zu Grunde liegt und herausgefunden, dass die Stadt Luzern einem Prinzip Gutscheine für selbstbestimmtes Wohnen nachlebt. Nun ist die Stadt Luzern mit ca. 83'000 Einwohnenden ca. achtmal grösser als Worb. Dazu kommt, dass die Dienstleistungen des Kantons Luzern mit denen des Kantons Bern nicht vergleichbar sind. Es stellt sich mir die Frage, ob es in Worb Personen gibt, die Unterstützung benötigen würden, sich jedoch nicht an die entsprechende Fachstelle wenden. In diesem Fall müsste man sich eher dieser Problematik widmen und schauen, was dort zu machen wäre. Was würde es für die Gemeinde Worb bedeuten, wenn die Gutscheine für selbstbestimmtes Wohnen eingeführt werden. Für Abklärungen müsste eine neue Stelle geschaffen werden, welche für das Projekt hohe Kosten generieren würde. Es ist unbestritten, ältere Menschen wollen, so lange wie möglich, selbstbestimmt wohnen und benötigen dabei nicht nur gesundheitsbedingte Unterstützung. Hilfe und Betreuung im Haushalt und beim Einkaufen sowie Mahlzeitendienste oder eine sichere Umgebung ermöglichen es älteren Menschen, länger selbständig im eigenen Zuhause zu wohnen. Deshalb will der Bundesrat das Bundesgesetz über Ergänzungsleistungen zur Alters- Hinterlassenen- und Invalidenversicherung anpassen. Ich möchte stark beliebt machen, dass wir die Anpassungen abwarten und dann entscheiden, was mit diesem Thema weiter geschehen soll.

Beschluss:

Das Postulat der SP+Grüne-Fraktion mit dem Titel "Gutscheine für selbstbestimmtes Wohnen" wird als nicht erheblich erklärt.

Interpellation der Mitte/glp-Fraktion mit dem Titel "Verdichtetes Bauen schon am Ende?"

Sitzung	Datum	Traktandum	Beschlussnummer	Geschäftsnummer	Archivnummer
Nr. 419	26.06.2023	8	2021/24-193	37098	31/0/0

"Der Gemeindepräsident hat in letzter Zeit mehrfach öffentlich kundgetan, dass die innere Verdichtung an ihre Grenzen stosse und schon bald neue Einzonungen von Landwirtschaftsland ins Auge gefasst werden müsse. Die Fraktion glp/Die Mitte ist von dieser - nach unserer Meinung - voreiligen Todeserklärung für das verdichtete Bauen nicht überzeugt. Bevor nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft sind, bietet unsere Fraktion nicht Hand zu Neueinzonungen. Wir möchten daher vom Gemeinderat wissen:

1. Welche konkreten Massnahmen hat der Gemeinderat bis heute für verdichtetes Bauen ergriffen und umgesetzt?
2. Kennt der Gemeinderat die Liegenschaften, wo die heutige Ausnützung unter der rechtlich möglichen Ausnützung liegt?
3. Hat der Gemeinderat mit den Grundeigentümern solcher Liegenschaften Kontakt aufgenommen und sie auf das Ausbaupotenzial ihrer Liegenschaft hingewiesen?
4. Hat der Gemeinderat abgeklärt bzw. weiss er, welche Liegenschaften oder Liegenschaftsgruppen planungsrechtlich aufgezonnt werden könnten, um eine bessere Nutzung zu erreichen?
5. Ist der Gemeinderat bereit, ein zeitlich befristetes Projekt zu lancieren, um das schon bestehende bzw. planungsrechtlich noch zu schaffende Potenzial für die Verdichtung im bereits überbauten Gebiet zu erreichen?
6. Welche weiteren Massnahmen sieht der Gemeinderat vor, um zukünftig die innere Verdichtung voranzutreiben?"

Catarina Jost-Pfister
Präsidentin

Jürg Bigler
Protokollführer

Genehmigt in der Sitzung vom 11. September 2023

Jürg Bigler
Sekretär